

Vereinbarung für den Klimaschutz

Freie Universität verpflichtet sich gegenüber dem Land Berlin zur Einsparung von Kohlendioxid-Emissionen bis Ende 2027 um weitere zehn Prozent

Die Freie Universität Berlin und das Land Berlin haben am Montag eine neue und weitreichende Klimaschutzvereinbarung abgeschlossen. Darin verpflichtet sich die Hochschule, ihren Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid bis 2027 um weitere zehn Prozent zu reduzieren. Wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung ist zudem die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in Lehre, Forschung und Wissenstransfer. Unterzeichnet wurde das Dokument aufseiten der Freien Universität von Kanzlerin Dr. Andrea Bör und dem Präsidenten Prof. Dr. Peter-André Alt; für das Land unterschrieb der Berliner Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz Stefan Tidow. Schon im Jahr 2011 hatte die Freie Universität als erste Hochschule Berlins eine Klimaschutzvereinbarung mit dem Land getroffen; sie zielte vor allem auf Klimaschutz-Maßnahmen auf dem Campus.

Seit 2006 schließt das Land Berlin Klimaschutzvereinbarungen mit Energieversorgungsunternehmen und öffentlichen Einrichtungen ab. Darin verpflichten sich die Partner freiwillig zu festgelegten CO₂-Einsparzielen und leisten damit einen wichtigen und messbaren Beitrag zum Klimaschutz. Der Weg dorthin wird mit konkreten Maßnahmen unterlegt. So auch im Fall der Klimaschutzvereinbarung mit der Freien Universität Berlin. Staatssekretär Stefan Tidow betonte: „Die Freie Universität Berlin verpflichtet sich, ihre CO₂-Emissionen in den kommenden zehn Jahren ganz wesentlich zu senken. Dies ist ein wichtiger Impuls für den Klimaschutz in der Berliner Wissenschaftslandschaft. Es kommt ein ganzer Strauß an Maßnahmen zum Tragen, und es werden Nachhaltigkeitsaspekte in Forschung, Lehre und der internationalen Vernetzung gestärkt.“

Die bis Ende 2027 angestrebte Senkung des Kohlendioxidaustoßes um zehn Prozent umfasst eine Einsparung von 4.250 Tonnen CO₂ gemessen am Vergleichsjahr 2016. „Die Freie Universität Berlin hat ihren Energieverbrauch seit 2001 flächenbereinigt bereits um etwa 28 Prozent gesenkt und damit Maßstäbe in der deutschen Universitätslandschaft gesetzt“, betonte die Kanzlerin der Freien Universität, Dr.-Ing. Andrea Bör. Die Freie Universität habe damit unter Beweis gestellt, dass Universitäten über entsprechende Handlungsmöglichkeiten verfügten. „Die Freie Universität unterstreicht mit diesen Erfolgen beispielhaft den Stellenwert von Energieeffizienz und Energieeinsparung für die deutsche Energiewende.“

„Beide Partner sind sich darüber einig, dass Universitäten als Zentren des Wissenschafts- und Bildungssystems bei der Lösung der bislang weitgehend ungelösten globalen Herausforderungen wie dem Schutz des Klimas eine Schlüsselrolle einnehmen“, betonte Universitätspräsident Prof. Dr. Peter-André Alt. Aus diesem Grund stehe neben einem reinen Kohlendioxid-Einsparziel die Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Kernbereichen Forschung und Lehre der Universität im Fokus.

Die Unterzeichnung der Klimaschutzvereinbarung fand während des Eröffnungstages der von der Freien Universität Berlin veranstalteten internationalen Spring-Campus-Konferenz der University Alliance for Sustainability statt. In diesem Rahmen befassen sich rund 130 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende und Angehörige des

Universitätsmanagements aus aller Welt eine Woche lang mit der Frage, wie Universitäten dazu beitragen können, die Gesellschaft nachhaltig zu gestalten.

Informationen zur Spring-Campus-Konferenz

<http://www.fu-berlin.de/en/sites/uas/events-and-resources/meetings-and-workshops/spring-campus-2018/index.html>

Kontakt

Andreas Wanke, Stabsstelle Nachhaltigkeit & Energie der Freien Universität Berlin, Telefon: +49 30 838-52254, E-Mail: andreas.wanke@fu-berlin.de